

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

G 02531 NR. 53

WOCHENENDE 15./16./17. MÄRZ 2019

PREIS 3,60 €



Wie gefährlich ist Huawei?

Luca D'Urbino



Belgien 3,90 € Frankreich 4,50 €
Großbritannien 3,90 GBP Luxemburg 3,90 €
Niederlande 3,90 € Österreich 3,90 €
Polen 23,90 PLN Schweiz 6,20 CHF

Monatsabonnement:
Handelsblatt Print: 66,70 Euro
Handelsblatt Print + Premium: 76,69 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0800-223370
kundenservice@handelsblatt.com

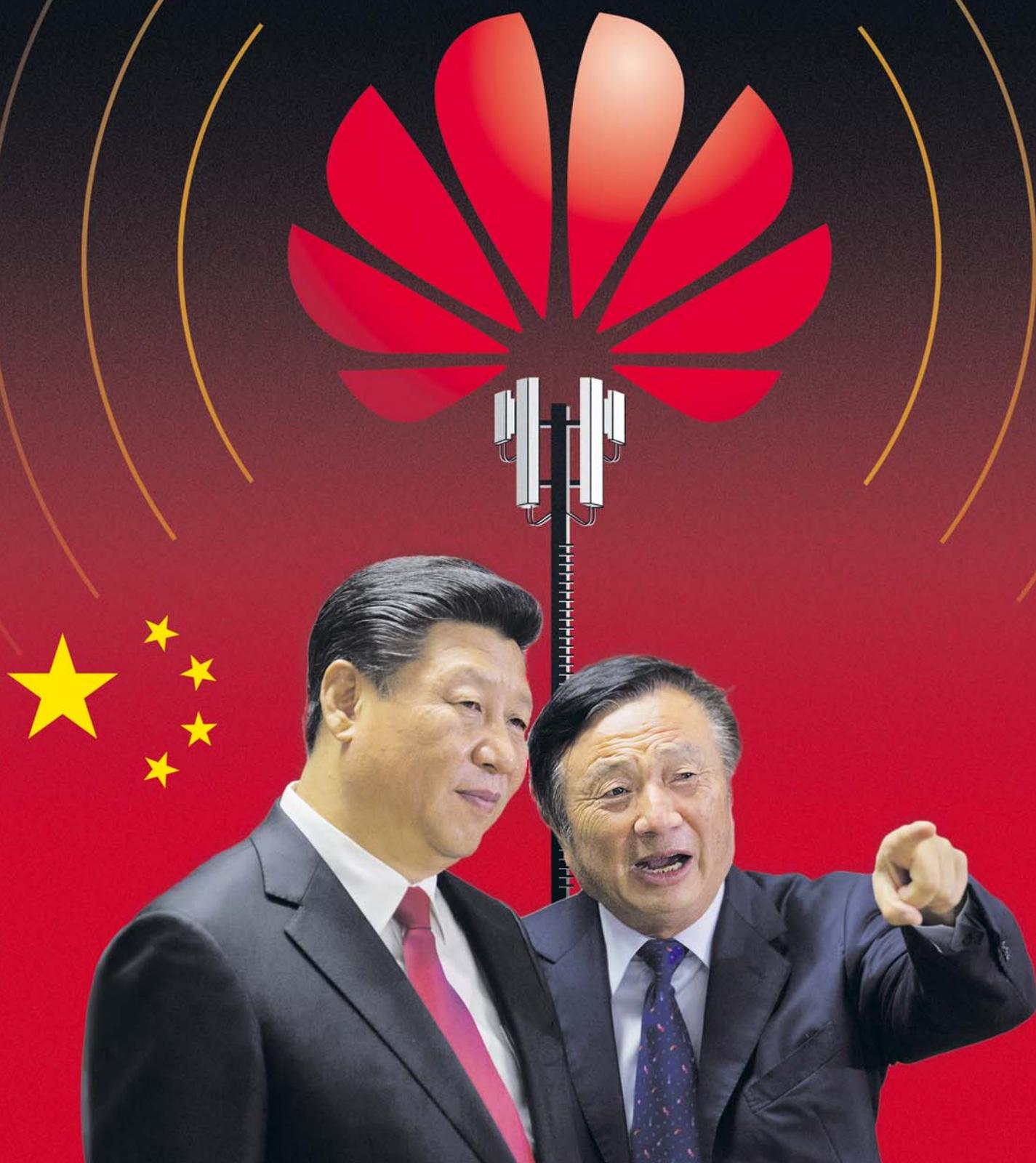


Handelsblatt
4 192253 103606 5 0 0 1 1

Bedingt vertrauenswürdig

Chinas Tech-Konzern steht für Zukunft: superschnelles Internet per 5G. Doch wie eng arbeitet der Telekomausrüster mit der Kommunistischen Partei Chinas zusammen? Wie geschützt sind die Daten? Diese Fragen sind zu einem weltweiten Politikum geworden. Ein Blick hinter die Kulissen.

Sha Hua, Stephan Scheuer Shenzhen, Düsseldorf



Chinas Präsident Xi Jinping (l.) mit Huawei-Chef Ren Zhengfei: Wie eng sind Staat und Konzern miteinander verbunden?



An der gut 20 Meter hohen Decke in der Konzernzentrale in Shenzhen hängen goldene Kristalleuchter. Der Boden ist aus Marmor, blitzblank poliert, die Besucher spiegeln sich darin. Man hat den Eindruck, in ein Edelhôtel geraten zu sein. An jeder Ecke steht schwarz uniformiertes Servicepersonal. Wo ist die Garderobe? Der Aufzug? Jeden Wunsch lesen die freundlichen Mitarbeiter von den Lippen der Gäste ab.

Huawei will beeindrucken. Wie auch im naheliegenden Songshan Lake Campus. Dort stehen nachgebaut das Heidelberger Schloss und die Budapester Freiheitsbrücke, umgeben von 187 Statuen von römischen Göttern und Nashörnern auf perfekt manikürten Wiesen. In diesen Gebäuden widmen sich 25000 Mitarbeiter der Forschung und Entwicklung - europäische Wahrzeichen als Bürogebäude.

Es gibt aber einen wichtigen Unterschied zu dem Unterhaltungspark in den USA oder anderen Kopien von europäischen Bauten in China: Huaweis Schlösser sind keine Attrappen. Der Marmor ist echt und keine marmorierte Klebefolie auf Beton. Auch die Ziegelsteine sind vermauert und nicht aufgemalt. In einem Land, das lange für seine mitelmäßigen Kopien verschrien war, ist das Huawei-Reich so echt, wie ein Heidelberger Schloss in China sein kann.

Seit weltweit eine Debatte über die Zuverlässigkeit Huaweis tobt, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Gerüchte über den chinesischen Telekommunikationsausrüster in Umlauf gebracht werden. Es sind Geschichten über angebliche Spionageaktivitäten und engste Verquickung mit der Kommunistischen Partei Chinas. Es gibt viele Vermutungen, aber wenig Beweise. In dieser Zeit hat das einst verschwiegene Unternehmen dem Handelsblatt Einblick in sein Innenleben gewährt. Es zeigt nicht nur Büros und Labors, sondern öffnet auch streng gehütete Tresorräume, in denen die Akten über die Anteilsscheine des Konzerns verschlossen sind.

Mit einer Mischung aus Größenwahn, Realitäts-sinn und Forschungsdrang stieg Huawei zum größten Telekomausrüster der Welt auf, wurde der globale Lieferant von Zukunftstechnik. Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts - und Huawei ist der Baukonzern für die Datenautobahnen. Es setzt mit 108 Milliarden Dollar 2018 mehr als viermal so viel um wie Konkurrenten wie Nokia oder Ericsson.

Ohne Frage ist Huawei auch das umstrittenste Unternehmen der Welt. Die USA verdächtigen den Konzern, Abhöranlagen oder Spionagesoftware für die Kommunistische Partei Chinas zu installieren. Es klingt wie ein Plot aus einem James-Bond-Film: Mit „kill switches“ könnte China im Konfliktfall auf einen Schlag das Mobilfunknetz eines Landes außer Kraft setzen, lautet der Vorwurf der US-Regierung. Die USA wollen nicht den Einsatz von Huawei-Technik, das Unternehmen klagt dagegen. „Wir würden niemals Hintertüren in unseren Geräten installieren oder illegal Daten weitergeben“, sagt Vincent Pang, Westeuropachef von Huawei im Interview (siehe Seite 59).

Mittlerweile ist Huawei zum Spielball geopolitischer Interessen der USA geworden. Washington setzt die deutsche Regierung beim Umgang mit Huawei massiv unter Druck. Vor einer Woche drohte der US-Botschafter Richard Grenell in einem Brief an Wirtschaftsminister Peter Altmaier mit dem Ende der bisherigen Geheimdienstkooperation, falls Huawei-Technik beim Ausbau des su-

perschnellen 5G-Netzes eingesetzt wird. Kommen- de Woche will die Bundesnetzagentur eine Versteigerung der Frequenzen für 5G beginnen. Dafür sollen verschärfte Sicherheitsauflagen gelten - die aber Huawei bislang nicht ausschließen.

Für die Bundesregierung gibt es einen weiteren Risikofaktor: Donald Trump. Der amerikanische Sicherheitsapparat geht gegen Huawei vor, um Chinas wachsenden geopolitischen und geoökonomischen Einfluss einzudämmen. Aber der US-Präsident ist vor allem auf eins fixiert: ein Handelsabkommen mit China, das er als „größten Deal aller Zeiten“ ausgeben könnte. Für Trump ist Huawei ein Verhandlungschip, das sagt er selbst.

Deutschland steckt in der Klemme. Bündnispolitische Gewissheiten gibt es in der Trump-Ära nicht mehr. Wer kann schon sagen, dass Trump seine Huawei-Strategie nicht für das chinesische Versprechen aufgibt, mehr amerikanische Sojabohnen zu kaufen? Auch hier fehlt: Vertrauen.

Die Bundesregierung ist in der Frage, wie man mit Huawei umgeht, heillos zerstritten. Das Auswärtige Amt trägt Sicherheitsbedenken vor, das Wirtschaftsministerium will die Digitalisierungsversprechen des Koalitionsvertrags rasch einlösen, und das Kanzleramt fürchtet um die Beziehungen zu Peking. Als Australien die Verwendung von Huawei-Technik bei 5G untersagte, gab es plötzlich Probleme bei der Kohlleieferung aus China.

Die deutsche Wirtschaft fürchtet sich vor einem Verbot, will aber auch Datensicherheit. Die Deutsche Telekom müsste auf die leistungsfähige und preiswerte Huawei-Technik beim teuren 5G-Ausbau verzichten. Auch Autohersteller und andere Unternehmen verlassen sich auf die Chinesen. Huawei ist beispielsweise Mitglied eines Firmenkonsortiums, das für geschätzt eine knappe halbe Milliarde Euro ein neues Funksystem für die Bahn aufbaut (siehe Kasten Seite 56).

Ist Huawei der verlängerte Arm der chinesischen Regierung? Das Unternehmen gibt eine klare Antwort: Nein, schon aus geschäftlichem Eigeninteresse: „Das würde einem Selbstmord gleichen“, werteerte Song Liuping, Chefjustiziar von Huawei, vor wenigen Tagen auf einer Pressekonferenz.

Das Unternehmen wirbt mit einer Charmeoффensive, baut in Brüssel ein Cyberzentrum - praktischerweise am Rande des EU-Viertels gelegen. Gleiches will es in Österreich und anderen Ländern tun. Das EU-Parlament zeigt sich davon trotzdem wenig beeindruckt. Am vergangenen Dienstag verabschiedete es eine Resolution gegen Huawei.

Gründer Ren weist die Anschuldigungen von sich, beschreibt Huawei als unabhängiges Unternehmen. „Keinesfalls ist Huawei aufgrund von Regierungsbeziehungen das geworden, was es heute ist“, sagt der 74-Jährige. „Den Erfolg von Huawei haben wir harter Arbeit zu verdanken.“

Die Kontroverse um Huawei ist auch eine um Ren. Alle sechs Monate rotieren drei Vorstandsämter im Konzern, aber eines bleibt immer gleich: Der Gründer hat das Sagen. Der Milliardär ist Herz, Hirn und Hand des Unternehmens. Nicht zufällig erließen die Amerikaner vor wenigen Wochen einen Haftbefehl gegen seine Tochter Meng Wanzhou. Die kanadische Polizei nahm die Finanzvorständin von Huawei beim Umsteigen im Flughafen in Vancouver fest. Bei einer Auslieferung in die USA drohen bis zu 30 Jahre Gefängnis. „Als Vater brach mir mein Herz“, sagte Ren.

Wie unabhängig ist Huawei von der chinesischen Regierung? Die Antwort auf diese Frage steht und fällt mit dem Gründer. Seine Biografie ist verdächtig: Seit 1978 Mitglied der Kommunistischen Partei, arbeitete er früher für Chinas Militär in der Abteilung für Informationstechnologie. Aber ein genaues Hinschauen zeigt ganz andere Seiten.

Ein Versager in China

Flicken - an die erinnert sich Ren gut, wenn er sich an seine Jugend erinnert. Seine Kleider waren mit ihnen übersät, „weil jedem Chinesen nur 33 Zentimeter Stoff“ zugestanden wurden. Das reichte nicht für ein neues Kleidungsstück, also wurden die alten geflickt und geflickt. Ren wuchs in bitterer Armut auf. 1944 kam er als Ältester von sieben Kindern in den Karstbergen der südchinesischen Pro-

vinz Guizhou zur Welt. Oft musste die Mutter am Monatsende bei Freunden um Geld betteln. In seinem autobiografischen Essay erinnert sich Ren an den ständigen Hunger in seiner Jugend.

Ren flüchtete sich in die Welt der Bücher, las, was er in die Finger bekam. Knapp vor den Wirren der Kulturrevolution schaffte er es 1963 als Architektur-Student an die Universität von Chongqing, brachte sich nebenbei mithilfe von Textbüchern Ingenieurwissenschaften bei. Es war keine einfache Zeit. Seine Eltern waren Lehrer, in den Sechzigerjahren ein gefährlicher Beruf. Die Kulturrevolution tobte, Intellektuelle aller Art gerieten unter Generalverdacht. Noch schlimmer: Sein Vater hatte einst für die Guomindang, also die Gegner der Kommunistischen Partei Chinas, gearbeitet. Er wurde als „kapitalistischer Ausbeuter“ gebrandmarkt und zeitweise eingesperrt.

Nach dem Studium schlug Ren sich als Bauingenieur durch, wurde 1974 Techniker im Ingenieurkorps der Volksbefreiungsarmee. Als eine seiner ersten Aufgaben wurde er in eine Fabrik für synthetische Fasern in Liaoyang geschickt. Die Region ist ärmlich, das Leben hart. Ren erinnert sich an die monatliche Ration von 150 Gramm Speiseöl. Nicht nur im Winter wird es oft eisig. „Uns war ständig kalt“, erinnert sich Ren.

Trotzdem war die Fabrik ein Paradies für den damals Dreißigjährigen. Er hatte Zugang zu Büchern. In der Kulturrevolution war Lesen verdächtig. Aber: „Wir mussten wissen, wie die Geräte funktionieren.“ Die stammten aus Frankreich, waren modern und für den Ingenieur spannend wie eine Reise zum Mond. Im Grunde wurde damals der Grundstein für Huawei gelegt.

Mit dem Tod von Mao Zedong begann für Ren Zhengfei eine neue Zeit. Ren hatte ein Testgerät für die Maschinen in der Textilfabrik erfunden, das sich bewährte. 1978 wurde ihm daher erlaubt, der Kommunistischen Partei beizutreten. Das war ihm lange Zeit wegen seines Vaters verwehrt gewesen. Ohne Parteibuch konnte man keine Karriere in China machen. Er hätte nicht einmal „Küchenteam-Leiter in der Armee“ werden können, wie Ren sagte. Doch schien es endlich nach oben zu gehen. 1982 durfte er gar als Delegierter beim 12. Nationalen Kongress der Partei in Peking teilnehmen.

Doch in demselben Jahr wurde seine Einheit aufgelöst. Notgedrungen heuerte er im Logistikzentrum des Ölkonzerns Shenzhen South Sea Oil an. Später versuchte sich Ren als Geschäftsmann. Als er 1987 Huawei in Shenzhen gründete, war der damals 43-Jährige in den Augen der chinesischen Gesellschaft ein Versager. Frisch geschieden, musste sein Hab und Gut verscherbeln, um die Schulden eines Geschäftspartners zu begleichen. Zum Huawei-Gründungskapital von 21 000 Renminbi, damals umgerechnet weniger als 3000 Euro, konnte er selbst nur 3000 Renminbi beitragen.

Es war sein Lehrgeld für die Einführung in den Kapitalismus, den Shenzhen damals wie kein anderer Ort Chinas frönte. „Plötzlich musste ich mich in einer Marktwirtschaft zu Recht finden.“ Er sei „völlig aufgeschmissen“ gewesen. „Ich wurde hinteres Licht geführt und betrogen.“

Ren importierte zunächst Netzwerkteile aus Hongkong nach Festlandchina. Nach einigen Jahren investierte er in die Entwicklung eigener Geräte. Dafür mietete er sich ein dreistöckiges Gebäude an. 50 Forscher und Entwickler schliefen nachts dort und arbeiteten tagsüber am ersten Produkt, einer Telefonschaltanlage.

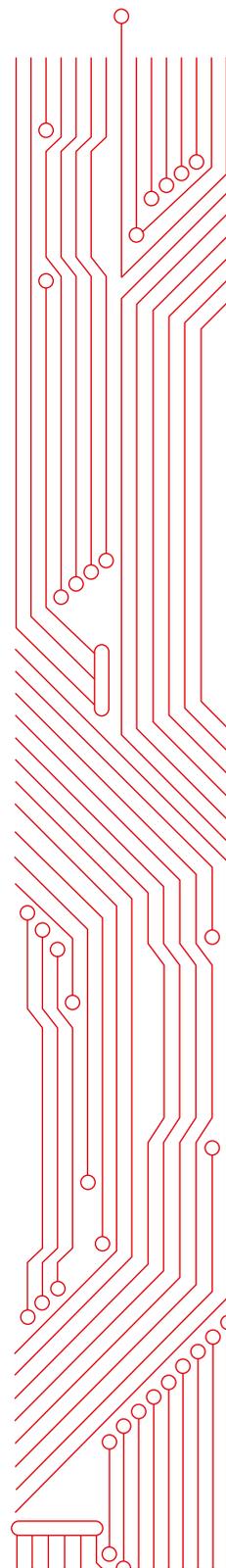
Auf seine starke Forschung ist der Konzern stolz. Noch heute fließen zehn bis 15 Prozent des Jahresumsatzes in Forschung und Entwicklung, mehr als 40 Prozent der Belegschaft sind in dem Feld tätig. In der Branche genießt Huawei deshalb hohes Ansehen. 2017 meldete es mehr Patente an als jede andere Firma. Im letzten Jahr war zwar Siemens Spitzenreiter bei den Anmeldungen, allerdings nur knapp: Siemens kam auf 2493 Patente, Huawei auf 2485.

In seiner Anfangszeit profitierte Huawei von chinesischen Regierungsprogrammen, die den Aufbau lokaler Netzwerke förderten. Aber die Firma war damals eher das Stiefkind. Die Regierung unterstützte staatlichen Konkurrenten wie Great Dragon,

108

Milliarden Dollar setzte Huawei im vergangenen Jahr um - viermal so viel wie die Konkurrenz von Nokia und Ericsson.

Quelle: Unternehmen



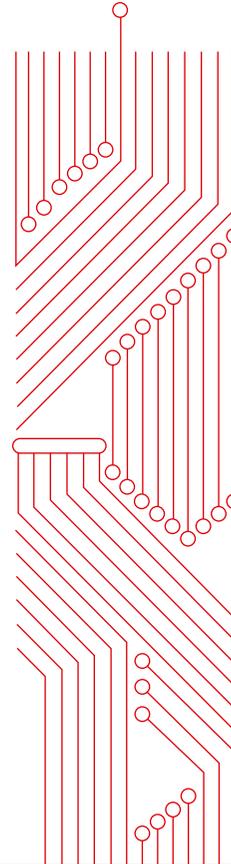
90 000

Mitarbeiter dürfen beim chinesischen Netzwerkausrüster indirekt den Vorstand wählen.

Quelle: Unternehmen



Das Heidelberger Schloss als Bürogebäude: Huaweis Gründer Ren Zhengfei liebt Architektur, ließ Schlösser und Brücken für den neuen Konzernsitz in Shenzhen nachbauen.



Dass Deutschland Huaweis Europa-Stützpunkt wurde, ist reiner Zufall. Thomas Geitner, der damalige Technikchef von Vodafone Global, bot Huawei 2004 an, einen Testlauf an einem Standort seiner Wahl zu veranstalten, erzählt Pang: „CEO Ren erwiderte darauf: Such dir den Ort mit den strengsten Auflagen aus. Und Geitner, der ein Deutscher ist, dachte kurz nach und sagte dann: Deutschland.“ Kurze Zeit später zog er mit rund 100 Mitarbeitern nach Düsseldorf.

Doch das Projekt mit Vodafone Deutschland kam nicht zustande. „Sie haben uns damals nichts zuge-
traut“, erklärt Pang. Aber er und seine Mitarbeiter gaben nicht auf. Siebenmal flog er die Reiseroute eines italienischen Geschäftsführers nach, bis er ihn endlich am Flughafen traf, sich vorstellen und einen 30-Minuten-Termin ergattern konnte. Erst im Sommer 2005 bekam Pang von Vodafone Spanien eine Chance. Und danach scheute Huawei keine Mühen, um sich zu beweisen. Um das Funknetzproblem des Schnellzugs von Madrid nach Sevilla zu beheben, experimentierte Huawei entlang des Maglevs. Wofür andere zwei Jahre veranschlagten, das löste Huawei in drei Monaten.

Der Aufopferungswille der Mitarbeiter hat seine Schattenseiten. So starb 2006 der 25-jährige Ingenieur Hu Xinyu an einer Hirnhautentzündung, die

Datang und ZTE. Doch der erste ging nach 20 Jahren bankrott, die anderen hängte Huawei ab. Vielleicht half auch der patriotische Name: Der lässt sich übersetzen mit „chinesische Errungenschaft“ oder auch „vielversprechendes China“.

Was bestimmt zum Erfolg beitrug: die ungewöhnliche Arbeitsmoral und der hohe Einsatzwille seiner heute 180 000 Mitarbeiter. Untereinander herrscht ein gnadenloser Wettbewerb.

Schlafen auf dem Schreibtisch

An der Hansaallee in Düsseldorf hat Huawei ein kleines China aufgebaut. Der weiße Zweckbau mit den lang gezogenen Fensterscheiben erinnert an den Campus in Shenzhen. Die großen Bildschirme preisen Produkte für Kunden an. In einem Sitzbereich hängen Dutzende Fotos an der Wand, die Huawei-Manager lächelnd und Hände schüttelnd oder beim Durchschneiden von roten Eröffnungsbändern zeigen - Trophäen eines Siegeszugs von Huawei in Europa. Der Umsatz beläuft sich auf geschätzte 13 Milliarden Euro 2018, wie vorläufige Zahlen des Konzerns zeigen.

Auch die großflächigen Büroflächen sind wie in China von kleinen Arbeitskabinen geprägt. Zur Mittagszeit haben sich Dutzende chinesische Mitarbeiter auf ihren Stühlen oder mit dem Kopf auf den Tischplatten zum Schlafen hingelegt. „Das ist üblich in China“, sagt ein Firmensprecher und führt in das Büro zum Deutschlandchef Dennis Zuo.

Kein Mittagsschlaf, sondern Erschöpfung. Im Unternehmen herrscht die „Wolfskultur“. Früher schufteten die Mitarbeiter oft bis spät in die Nacht und schliefen auf Matratzen im Büro, um am nächsten Morgen gleich weitermachen zu können. Huawei-Gründer Ren verbrachte oft 16 Stunden im Büro und entwickelte deswegen keine enge Beziehung zu seinen Kindern: „Als Vater habe ich das Gefühl, ihnen gegenüber schuldig zu sein.“

Schon bei der Personalauswahl wird auf die richtige Einstellung geachtet. „Früher war es so, dass wir bei gleich guten Kandidaten lieber jemanden genommen haben, der aus armen Verhältnissen kam, weil wir glaubten, dass er getriebener ist“, sagt Peng Wenshi, ein führender Kopf in der Personalabteilung von Huawei.

Zu viel Luxus ist verpönt. Ren wurde in China zur Internetsensation, als er sich noch vor Kurzem in einen Linienflug quetschte oder für ein Taxi anstand. „Für Langstrecken buche ich Business, damit ich arbeiten kann“, sagt Vincent Pang, Westeuropa-Chef von Huawei, der ständig zwischen London, Paris, Madrid, Rom und Düsseldorf hin- und herjetten muss. „Aber auf Kurzstrecken ist es doch egal, ob der Sitz in der Mitte frei ist.“

Die Konzernspitze von Huawei



Gruppenfoto: Die Führungsstruktur von Huawei ist selbst für Experten schwer zu verstehen. Die Titel sagen wenig aus über Aufgabe oder Stellung. Formell leitet das 17-köpfige Board of Directors den Konzern. Gründer Ren Zhengfei hat Vetorecht. Drei der vier Deputy-Chairposten wechseln alle sechs Monate.



Bloomberg

Arbeiter in der Handy-Produktion: Auch heute noch erzählen Huawei-Mitarbeiter mit großer Selbstverständlichkeit von ihren vielen Überstunden.

wohl durch Überarbeitung ausgelöst worden war. Kurz darauf folgten mehrere Selbstmorde im Unternehmen. Auf chinesischen Internetforen schimpften Mitarbeiter über die harten Bedingungen; gefolgt von kritischen Artikeln über Huaweis Wolfskultur.

Auch stellt sich die Frage: Wie viel zählt Ethik in solch einer Erfolgskultur? So schrieb Ren seinen Mitarbeitern jüngst in einem Memo, dass Regeln und Gesetze wichtig seien. Gleichzeitig müsse man aber weiterhin „Getreide produzieren“, weil man ansonsten verhungere. So wird intern noch immer zwischen gelben und roten Linien unterschieden. Bestechung sei zwar offiziell verboten, erzählt ein ehemaliger Mitarbeiter, aber tatsächlich werde man aufgefordert, Geschenke und andere Anreize einzusetzen, um einen Kunden zu gewinnen. Andererseits ist ein Gesetzesbruch ein „No-Go“.

Auch heute noch erzählen Huawei-Mitarbeiter wie selbstverständlich von ihren vielen Überstunden. Zur Firmenkultur gehört ein Boot Camp mit Schulungen zur Unternehmensphilosophie, einem morgendlichen Lauf und Fallstudien, wie man in Kriegsgebieten besteht. Zwar werden Abteilungsleiter automatisch gewarnt, wenn ein Teammitglied über eine gewisse Stundenzahl hinaus gearbeitet hat. Was genau als zu hoch gilt, darauf legt sich niemand fest. „Wenn es ein wichtiges Projekt gibt, dann muss man eben länger dableiben“, sagt Peng.

Aber es gibt ein Umdenken. In vielen Bürogebäuden gibt es Cafés, mehr Entspannungsmöglichkeiten. Jede Krise habe Huawei gezwungen, die eigenen Fehler zu suchen und besser zu werden, sagt Pang. Selbstkritik gehöre zur Firmenkultur. Nach den Selbstmorden vor einem Jahrzehnt schrieb Ren ein Mea Culpa an die Belegschaft. Kurz danach wurde der Posten eines Chief Health Officers eingeführt.

Wie Gänse im Formationsflug

Westliche Beobachter sind von der offiziellen Vorstandsstruktur verwirrt. Die vergebenen Titel stimmen nicht immer mit den wirklichen Aufgaben ihrer Träger überein. So ist Ren zwar der CEO, doch eigentlich beschäftigt er sich kaum mit dem Tagesgeschäft, sondern mit Unternehmensstrategie. Außerdem besitzt er als Einziger ein Vetorecht. Liang Hua wiederum hält den Vorstandsvorsitz und darf die Sitzungen leiten, aber tatsächlich kümmert er sich hauptsächlich um die Firmenfinanzen und ist ansonsten der zeremonielle Hauptrepräsentant des Unternehmens. Für die tägliche Geschäftsführung

sind die sogenannten „rotierenden Vorstandschefs“ Guo Ping, Eric Xu und Ken Hu zuständig, die sich alle sechs Monate abwechseln.

Während Guo nichts aus der Ruhe bringt, „flirtet Hu ab und zu schon mit einem Ausbruch“, sagt ein Huawei-Insider. Der temperamentvollste ist Xu, der bereits im vergangenen Sommer auf Konfrontationskurs mit den USA gehen wollte, als sie Sanktionen gegen den Huawei-Rivalen ZTE erhoben hatte. Damals, so heißt es, wurde er von Ren zurückgepfiffen. Amerika sei ein Freund, rief der Firmengründer aus, man könne viel lernen.

Das Rotationssystem wurde 2010 eingeführt. Demnach wählen die über 96 000 wahlberechtigten Beschäftigten an mehr als 400 Standorten 115 Repräsentanten, die wiederum den Vorstand wählen. „Wenn Zugvögel über den Atlantik fliegen, dann bilden sie eine V-Formation“, erklärt der derzeit amtierende Chairman Guo Ping. Auf der langen Reise müssten sich die Leitvögel abwechseln. Denn ein Vogel allein könne nicht über die gesamte Reise die Richtung vorgehen. „Dieses Prinzip hat uns eine Unternehmensberatung aus den USA nähergebracht“, sagt Guo.

Aber dem Beobachter kommt ein anderes Vorbild in den Kopf. Insgesamt umfasst der Vorstand, das sogenannte Board of Directors, bei Huawei 17 Personen. Das wären für einen internationalen Konzern ungewöhnlich viele. Für Strukturen innerhalb Chinas ist der Aufbau nicht besonders ausgefallen. Denn hier orientieren sich manche Firmen nicht unbedingt an Zugvögeln, dafür aber an der Kommunistischen Partei. Dort bildet ein Führungsgremium aus 25 Mitgliedern den oberen Kreis, das sogenannte Politbüro.

Ein Berater packt aus

An der Wand hinter dem Schreibtisch von Dennis Zuo hängt eine große Deutschlandkarte. „Düsseldorf ist schon heute die zweitgrößte Niederlassung von Huawei außerhalb Chinas“, sagt Deutschlandchef, der seit Februar im Amt ist. 2200 Mitarbeiter sind hier beschäftigt. „Hier ist unsere Europazentrale.“ Ende der Neunzigerjahre rief der damalige chinesische Staatspräsident Jiang Zemin die Unternehmen des Landes auf: „Schwärmt aus!“ Innerhalb von acht Jahren weitete Huawei das Angebot auf Asien, Afrika, Lateinamerika und zuletzt Europa aus. Im Jahr 2000 wurde ein Forschungszentrum in Stockholm eröffnet. In Deutschland folgte im Jahr darauf die erste Niederlassung.

In der Branche kursiert eine Geschichte, dass eine große Unternehmensberatung Huawei zum Start des Geschäfts in Deutschland ein Modell unterbreitete. Über ein Firmengeflecht in Luxemburg sollen Steuern in der Bundesrepublik vermieden werden. „Doch die chinesischen Manager lehnten ab. Sie wollten lieber mit offenen Karten spielen und normal in Deutschland ihre Steuern zahlen“, sagt einer, der bei dem Treffen dabei war.

Es dauerte einige Zeit, bis Huawei auch die ersten Großverträge für sich gewinnen konnte. „Huawei drängte mit Kampfpreisen in den Markt. Zuerst waren die europäischen Firmen skeptisch. Aber die Chinesen machten so lukrative Angebote, dass sie sich durchsetzen konnten“, erinnert sich ein deutscher Manager, der damals an der Auswahl von Huawei beteiligt war.

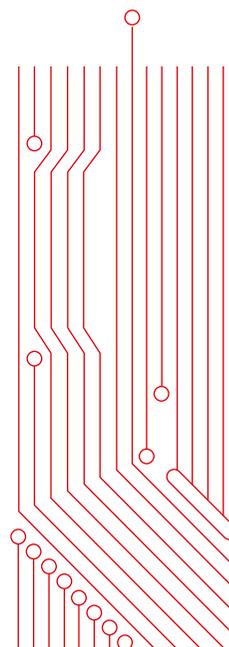
Interessante Einblicke in die Geschäftspraktiken von Huawei hat Tom Hobbe* (Name geändert) im Lauf der Jahre gewonnen. Früher hat er für einen Lieferanten des chinesischen Netzwerkausrüsters gearbeitet. „Lieferanten werden von Huawei unter großen Druck gesetzt. Sie müssen schnell liefern und möglichst billig. Bei Gesprächen wird man sehr von oben herab behandelt“, erinnert sich Hobbe. Später dann stieg er in der Hierarchie eines großen westlichen Konzerns auf, der ein Geschäftspartner von Huawei war.

„Plötzlich spielten für mich Musiker beim Essen auf und es wurde chinesische Kunst präsentiert. Selbst wenn ich zur Toilette ging, scharwenzelte jemand um mich herum.“ Viele Male sei er auf dem Campus des Unternehmens in Shenzhen zu Gesprächen gewesen. Den Umgang mit wichtigen Kunden hätte die Huawei-Führung perfektioniert, sagt er. Das Innovationsmanagement hingegen, das funktioniere nicht. „Die meisten Innovationen kommen von kleinen Zulieferern“, sagt er. Zum Beispiel komme die Antennentechnologie von einem kleineren chinesischen Unternehmen.

Über die Jahre hinweg hat Hobbe beobachtet, wie Huawei seine Strategie ausrollt: „Sie beginnen immer zuerst den kleinsten Marktteilnehmer zu bearbeiten. Dann den nächst Größeren. Bis sie still und leise bis zum Größten vorgedrungen sind.“ Deswegen wundert es ihn nicht, dass die Politik erst sehr spät auf das Unternehmen aufmerksam wurde. Zuletzt hatte Hobbe als selbstständiger Berater für die Chinesen gearbeitet. Doch dann kam der Bruch: „Ich kann es mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren, für Huawei zu arbeiten“, sagt er. Denn als die chinesischen Manager nach

„
Wir
brauchen
eine
Debatte im
Parlament.“

Norbert Röttgen
Vorsitzender
des Auswärtigen
Ausschusses



Ren Zhengfei (l.): Bei seinen Geschäften zeigt der Konzernchef stets vollen Einsatz – auch leger im Hawaiihemd, wie hier im Gespräch mit Motorola-Managern.



Empfang auf blitzblankem Marmor: Huawei-Chef Ren in der Eingangshalle der Konzernzentrale.



Konzernchef in jungen Jahren: Fast ein Jahrzehnt diente Ren in der Armee.

Meng Wanzhou (r.): Die Huawei-Managerin ist die Tochter von Huawei-Gründer Ren. Sie wurde in Kanada festgenommen.



jahrelanger Zusammenarbeit wirklich Vertrauen zu ihm gefasst hatten, fragten sie ihn ganz offen: „Wo können wir Technologie klauen?“

Datenklau in Addis Abeba

Mitte Februar 2019 meldet sich im Auswärtigen Ausschuss ein ungewöhnlicher Besuch an: Experten des Bundesnachrichtendienstes schilderten den Außenpolitikern der Koalitionsparteien die sicherheitspolitischen Implikationen der 5G-Technologie. Ihr Vortrag schreckte die Abgeordneten auf.

Die Geheimdienstexperten warnten vor den Risiken der Huawei-Produkte, Risiken, die sich zwar nicht genau abschätzen, aber auch nicht ausschließen ließen. Der chinesische Staat habe die Mittel, auf Unternehmensdaten zuzugreifen, mahnte der BND, und die Bundesrepublik keine Möglichkeit, solche Eingriffe zu verhindern. Mögliche Hintertüren in der Huawei-Technologie zu identifizieren und zu versperren, sei unmöglich, selbst wenn das Unternehmen den deutschen Behörden seine Quellcodes offenlege.

Die Experten kamen in der vertraulichen Sitzung auf den Fall zu sprechen, der international als

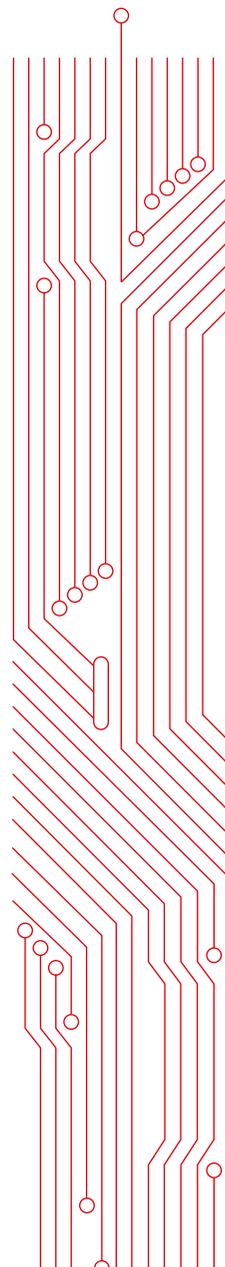
wichtigster Baustein im sicherheitspolitischen Indizienprozess gegen Huawei gilt: die Spionageangriffe auf die AU, die Afrikanische Union. In äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba funktelt das Hauptquartier der Organisation in der Sonne, ein futuristisches Gebilde aus Glas und Beton. 200 Millionen Dollar hat es gekostet, ein Geschenk der Chinesen.

Chinas Wertschätzung für Afrika, die in immer engeren Handelsbeziehungen: das sollte das Bauwerk beweisen. Doch inzwischen steht es für verlorenes Vertrauen und womöglich für Verrat. 2017 berichtete die französische Zeitung Le Monde Afrique von verdächtigen Datenabflüssen. Jede Nacht, zwischen 24:00 und 2:00 Uhr, transferierten die Rechner der AU Daten an Server in Schanghai. Fünf Jahre lang ging das so, bis es den Technikern der AU auffiel. Das Unternehmen, das die wichtigsten Komponenten der Computersysteme und Telekommunikationsanlagen geliefert hatte: Huawei.

Die chinesische Regierung wies die Berichte über die Cyberangriffe auf die AU empört zurück.

„
Keinesfalls ist Huawei aufgrund von Beziehungen das geworden, was es heute ist.“

Ren Zhengfei
Huawei-Konzernchef



Doch der BND hält die Vorwürfe offenbar für glaubwürdig, sonst wäre sie im Bundestag kaum thematisiert worden. Für Norbert Röttgen, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, steht seither fest: Huawei ist nicht zu trauen. Nach der Anhörung bat er Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus im Kanzleramt zu intervenieren. Eine so für die nationale Sicherheit zentrale Frage dürfe nicht überhastet entschieden werden. Und vor allem nicht hinter verschlossenen Türen. „Wir brauchen eine Debatte im Parlament“, sagt Röttgen.

Zu dem Zeitpunkt des Obleute-Treffens war das Bundesinnenministerium schon alarmiert. Die Amerikaner drängen schon länger auf ein Verbot von Huawei. Die Gemengelage ist kompliziert. Huawei und die chinesische Regierung versuchen die Ablehnung der Amerikaner als rein wirtschaftspolitisch intendiert zu bezeichnen. Doch in ihren Gesprächen mit Mitgliedern der Bundesregierung in Berlin führten die US-Beamten stets Sicherheitsbedenken gegen Huawei an.

Worauf diese Sicherheitsbedenken aber gründen, erläutern die Amerikaner nicht. Statt mehr Klarheit zu schaffen, stiftet US-Botschafter Richard Grenell Streit. Am 7. März schickte einen Drohbrief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Sollte Deutschland Huawei beim Ausbau des schnellen 5G-Mobilfunknetzes beteiligen, könne der Austausch von Geheimdienstinformationen und anderer Daten nicht mehr im bisherigen Umfang erfolgen, schreibt er darin. Altkanzler Gerhard Schröder bezeichnete bei einer Veranstaltung des Handelsblatt Research Instituts in Berlin den Brief als „unverfrorene Erpressung“.

Huawei schwört: Der chinesische Staat habe keinen Einfluss – schon weil er keine Anteile besitzt.

Wem gehört Huawei?

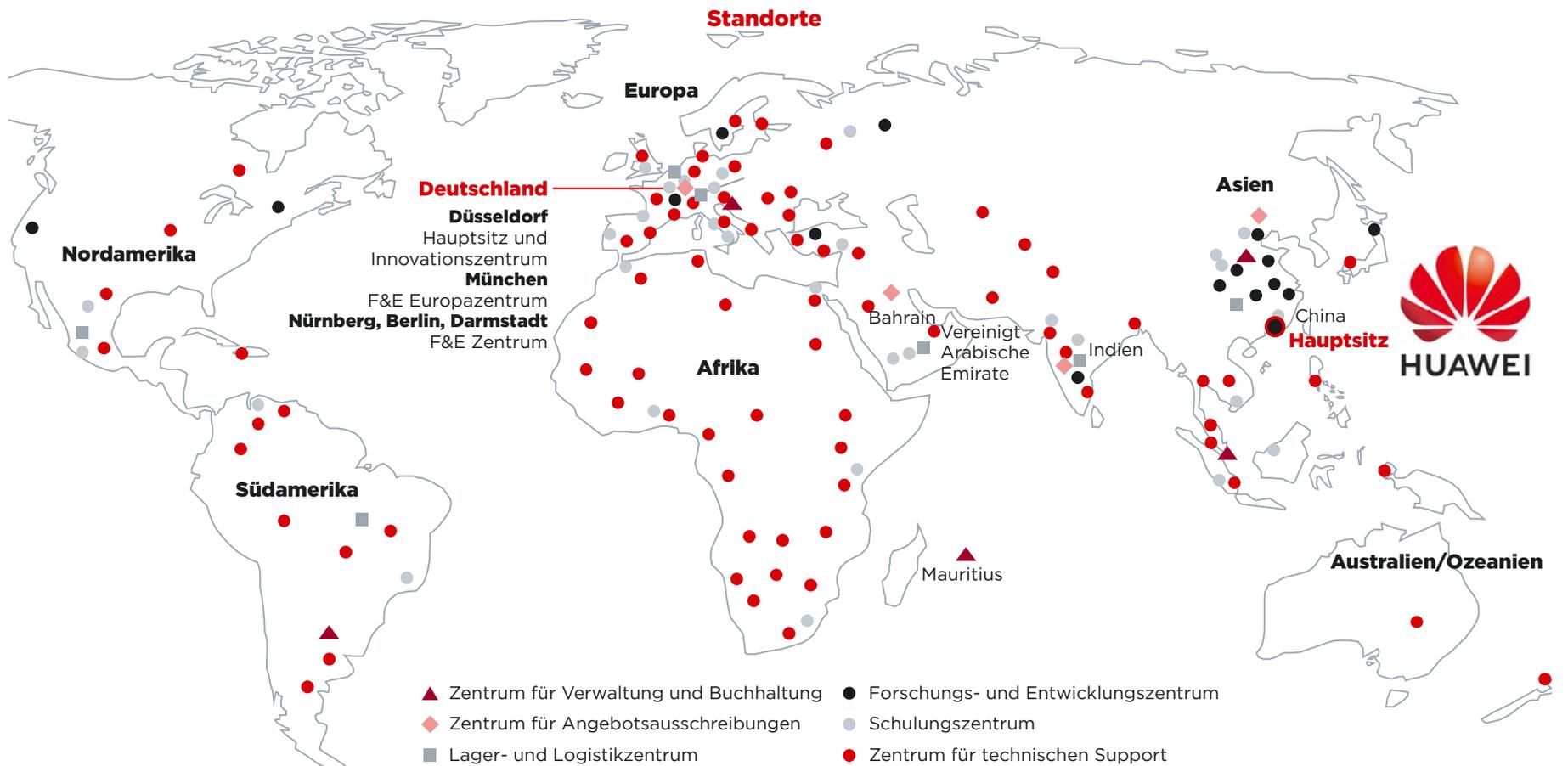
Versteckt im Schatten von hohen Bäumen wirkt Gebäude A2 eher unauffällig. Aber in einem knapp 25 Quadratmeter großen Ausstellungsraum liegen wichtige Akten über Anteilsscheine. Huawei sagt, dass die sogenannte „Union“ von Mitarbeitern und Ren das Unternehmen besitzen. Sie halten nämlich Optionen, die ihnen jedes Jahr in einer festgelegten Anzahl als Belohnung für gute Arbeit zum Kauf angeboten werden. Handel mit ihnen ist verboten. Wer das Unternehmen verlässt, von dem kauft Huawei in der Regel die Wertpapiere zurück.

Jiang Xisheng, Chefsekretär des Huawei-Vorstands, macht die Glasvitrine auf und holt eines der zehn dicken, blaue Bänder heraus. In ihnen sind fein säuberlich die Namen der 96 768 Mitarbeiter mit der Anzahl ihrer Optionen vermerkt. Die meisten haben Aktien im fünf- bis siebenstelligen Bereich. Mitarbeiter 00123726 Ren Zhengfei, dem 1,14 Prozent des Unternehmens gehören, hält 28 290 000 Optionen, er ist mit Huawei zum Multi-Milliardär aufgestiegen.

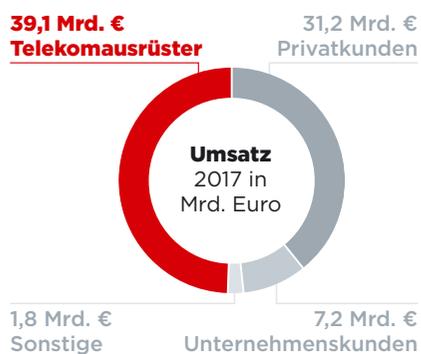
1997, als Ren dieses System einführte, kostete jede Option 1 Yuan. Für 2018 beziffert Jiang ihren Wert auf 7,85 Yuan. Insgesamt seien zurzeit mehr als 22 Milliarden Anteilsscheine im Umlauf. „Dritte und Regierungsbehörden halten keine Anteile“, betont Jiang. Huawei sei völlig in Privatbesitz. Für das Vorjahr wurde eine Dividende von 1,02 Yuan per Aktie ausgeschüttet. Dieses Jahr stehe die endgültige Summe noch nicht fest, sagt Jiang. Aber die Zahl liege nicht unweit eines Reuters-Berichtes, wonach sie 1,07 Yuan betragen wird. So kann es sein, dass ein langjähriger Beschäftigter mit einer niedrigen Position durch die Dividenden mehr Einkommen als ein hochrangiger Neuankömmling beziehen. Mit den Anteilen wolle man verdiente Mitarbeiter für ihren Gesamtbeitrag belohnen, erklärt Jiang. Das Gehalt sei nur die Basis. Und Boni gebe es für Erfolg bei einem kurzfristigen Projekt.

„Mein Grundgehalt war zwar niedriger als das meiner Kollegen in anderen Firmen, aber dafür habe ich am Ende des Jahres manchmal noch einmal sieben Monatsgehälter nur durch diese Aktien bekommen“, erinnert sich eine ehemalige Huawei-Mitarbeiterin, die aus privaten Gründen zu einem anderen Unternehmen gewechselt ist. „Früher wusste ich immer, dass meine Überstunden etwas bringen. Jetzt ist es irgendwie egal, ob ich mich noch ein bisschen mehr oder weniger anstreng.“

Weltkonzern Huawei



Geschäftsbereiche

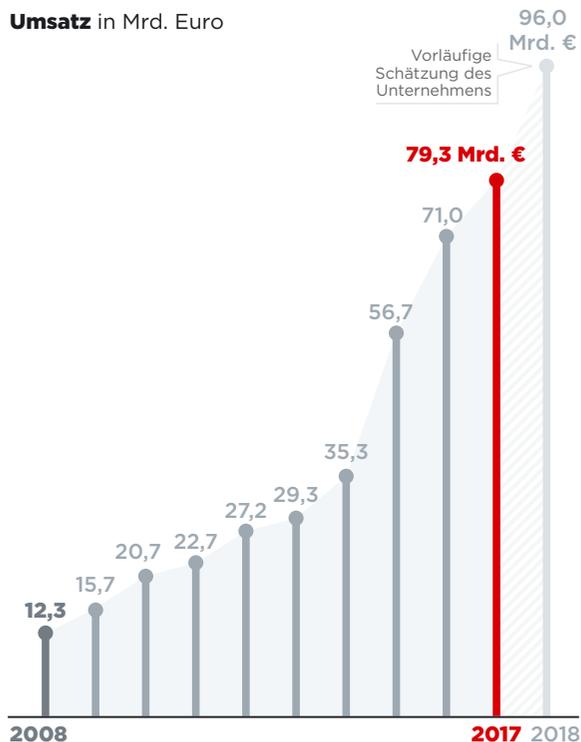


Partner in Deutschland

Strategische Partner	Wissenschaft	Kunden	Zulieferer
Atos	RWTH Aachen	Deutsche Bahn	DHL
Audi	TU Berlin	Deutsche Telekom	Eltel
Fraunhofer Gesellschaft	TU Darmstadt	M-Net	Epcos
Kuka	TU Dresden	Otelo	Euro Poles
Leica	TU Kaiserslautern	Telefónica	Infineon
SAP	TU München	Vodafone	LCC
Secunet		Volkswagen	Rohde & Schwarz
Siemens			Tempton
T-Systems			Weiss + Appetito

Kennzahlen weltweit

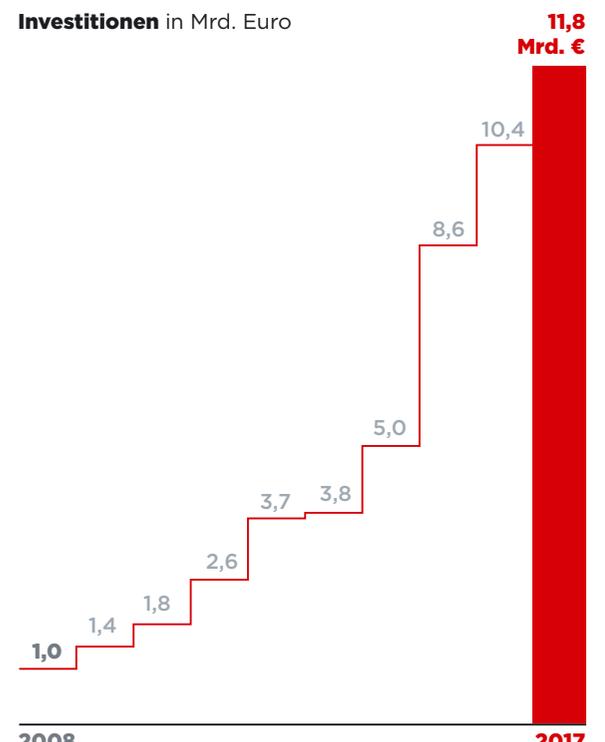
Umsatz in Mrd. Euro



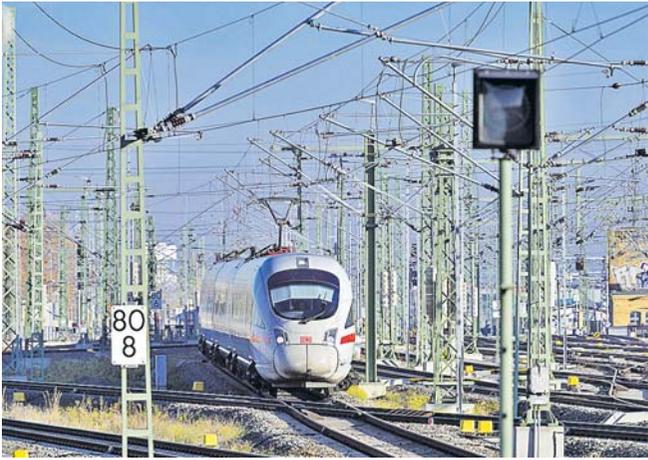
Gewinn in Mrd. Euro



Investitionen in Mrd. Euro



Quellen: Unternehmen, Bloomberg



Deutsche Bahn: Ein neues Funksystem für die Bahn soll her – ein extrem sensibler Bereich.

Deutsche Bahn

Huawei baut Funknetz

Dieter Fockenbrock Düsseldorf

Es war knapp. Noch einmal ist die Deutsche Bahn darum herumgekommen, einen schon vor Jahren geschlossenen Vertrag mit dem chinesischen Technologieausrüster Huawei auflösen zu müssen. Die Bundesregierung hatte letzte Woche den Plan verworfen, Huawei wegen Sicherheitsbedenken vom Ausbau des 5G-Netzes auszuschließen. Stattdessen verschärfte sie die Sicherheitsprüfung für jeden Ausrüster. Ein Stopp für 5G hätte nach Einschätzung von Branchenkennern auch das Ende des millionenschweren Bahn-Auftrags bedeutet. Huawei ist Mitglied eines Firmenkonsortiums, das für geschätzt eine knappe halbe Milliarde Euro ein neues Funksystem für die Bahn aufbauen soll – ein extrem sensibler Bereich. Über das GSM-Railway-Kommunikationssystem wird der gesamte Schienenverkehr koordiniert. Die Bahn beschafft gerade die zweite Generation des Funksystems. Als der Auftrag 2015 an das Konsortium aus Huawei und Siemens für Norddeutschland vergeben wurde, jubelten die Beteiligten in einer Mitteilung: „Die Deutsche Bahn wird mit diesem Schritt zu einem internationalen Vorreiter, was die Zukunftsgestaltung des bahnbetrieblichen Funknetzes betrifft.“ Für die Chinesen gab es Lob: „Mit dem Konsortium vereint sich die Technologie eines der innovativsten und führenden Lieferanten für Telekommunikation, besonders im Bereich Mobilfunk.“ Den Vertragsanteil von Siemens hat inzwischen der Softwarekonzern Atos übernommen.

Bahn sieht kein Sicherheitsrisiko

Doch seit Vertragsabschluss hat sich der Blick auf Huawei verändert. Die Darstellung der US-Regierung, Huawei könne keine Datensicherheit gewährleisten, hat auch in Deutschland heftigen Streit über die künftige Rolle des chinesischen Konzerns in der Ausrüstung mit Kommunikationstechnik ausgelöst. Von einem Sicherheitsrisiko will die Bahn aber nichts wissen, im Gegenteil: Das GSM-R-Funksystem sei schon aus Sicherheitsgründen ein geschlossenes System. Die Ausrüster würden auf Herz und Nieren geprüft, heißt es im Unternehmen. Offiziell teilte die Bahn auf Anfrage mit, für die Erneuerung des europaweit standardisierten Funksystems im deutschen Eisenbahnnetz habe die Deutsche Bahn Leistungen „nach geltendem Recht ausgeschrieben und vergeben“. Und: „Die Komponenten der Vertragspartner durchlaufen aktuell das umfassende Zulassungsverfahren der DB und der Aufsichtsbehörde. Hierbei wird der Einsatz im Eisenbahnsystem detailliert getestet und intensiv geprüft.“ Der Staatskonzern versichert auch, „sollte sich die Sicherheitseinschätzung bezüglich eines Lieferanten oder die Gesetzeslage ändern, so werden wir dies selbstverständlich berücksichtigen“. Neben dem Konsortium Atos/Huawei ist Nokia mit der Erneuerung im Süden Deutschlands beauftragt. Noch sind die GSM-Funkanlagen der ersten Generation in Betrieb. Der Bahnfunk arbeitet zurzeit noch ohne Huawei-Technik. Genutzt werden die Systeme beispielsweise zur Kommunikation zwischen Lokführern und Leitstellen, aber auch zur Überwachung und Steuerung von Zügen. Vor allem die geplante Digitalisierung des Eisenbahnnetzes dürfte kaum ohne die zweite Generation des GSM-R-Netzes realisierbar sein. Dann kommt dem Bahnfunk eine noch kritischere Bedeutung zu: Züge können dann ferngesteuert werden. Bei der Bahn rangiert das GSM-Netz daher unter Sicherheitsstufe eins.

Jedes Unions-Mitglied darf nur seine eigenen Anteile nachschlagen. Ausgewählte Journalisten können zurzeit die Akte eines jeden Mitglieds nachschlagen. „Wir haben den Anspruch, noch transparenter als börsennotierte Unternehmen zu sein“, erklärt Jiang. Schließlich müssten diese nur die Informationen von Anteilseignern offenlegen, die mehr als fünf Prozent besitzen. Und bei Stiftungen wie Bosch gäbe es noch nicht einmal diese Pflicht.

Ob ein Mitarbeiter zur kommunistischen Partei gehört, steht nirgends vermerkt. „Das ist doch auch völlig irrelevant für die Besitzstruktur“, sagt Jiang.

Gegenwehr in Texas

Im texanischen Plano hieß man die Nordamerika-Zentrale zur Jahrtausendwende willkommen. Toyota, Pizza Hut und Dr. Pepper sind ganz in der Nähe von Huaweis US-Zentrale. Im Jahr 2009 durfte es mit Hilfe städtischer Fördergelder expandieren. Der frühere Bürgermeister Phil Dyer schwärmte damals, man fühle sich „geehrt“. Zehn Jahre später ist vom Stolz im Vorort von Dallas wenig geblieben, die Stadt will keine Fragen beantworten.

In Plano klagt Huawei gegen die US-Regierung. Die Chinesen werfen ihr und dem Kongress vor, mit dem Verbot von Huawei-Ausrüstung gegen das Prinzip der Gewaltenteilung zu verstoßen, einen Willkürakt zu begehen und sich nicht an die Regeln eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu halten.

Konkret will Huawei, dass das Gericht den Gesetzesabschnitt 899 des National Defense Authorization Act (NDAA) als verfassungswidrig erklärt. Dieser Abschnitt verbietet es US-Regierungsbehörden und ihren Zulieferern, Verträge mit Huawei und seinem chinesischen Rivalen ZTE abzuschließen oder ihre Geräte zu kaufen.

Der Anwalt von Huawei heißt Glen Nager und arbeitet für die US-Kanzlei Jones Day. Nager ist gerade aus China zurückgekehrt. Nach seiner Meinung geht es der US-Regierung nicht um die Sicherheit ihrer IT-Systeme, sondern darum, das chinesischen Unternehmen zu bestrafen. Die US-Verfassung garantiere, dass der Gesetzgeber nicht eine einzelne Person oder ein einzelnes Unternehmen maßregeln kann. „In den USA sollten Gesetze allgemeingültig und nicht persönlich sein“ betont er.

Das Argument, dass ausländische Unternehmen in China gar nicht die Möglichkeit hätten, eine solche Klage vorzubringen, lässt der Rechtsanwalt nicht gelten. „Als Amerikaner sind wir immer stolz darauf gewesen, dass wir die besten Verfechter der Freiheiten in der Welt sind.“

Nach Ansicht des Gründers der Branchenberatung Recon Analytics, Roger Entner, sind die Sicherheitsbedenken der USA durchaus gerechtfertigt. Ihre Sorge sei, dass die Chinesen tun „was die Amerikaner mit amerikanischen Geräten lange gemacht haben“, erklärt der Experte. „Auch die amerikanischen Geheimdienste haben ihre Telekom-Unternehmen nach dem 11. September zur Mitarbeit bewegt. Da gehen sie natürlich davon aus, dass andere, totalitäre Staaten das erst recht schaffen.“

Huawei klagt in Texas, der Bundesstaat gilt als unternehmerfreundlich. Aber die Chancen stehen trotzdem schlecht für Huawei. Das auf Anti-Viren-Programme spezialisierte Software-Unternehmen Kaspersky aus Russland hatte ebenfalls gegen die US-Regierung geklagt, als die Behörden seine Software verboten hatten. Die Klage ist jedoch im vergangenen Jahr abgelehnt worden. „Der Fall von Huawei ist dramatisch anders als der von Kaspersky“, sagt Nager, Anwalt von Huawei.

Experten sind anderer Meinung. „Bei beiden handelt es sich um ausländische Unternehmen. Und bei beiden gibt es nach Ansicht der USA ein Risiko für die Cyber-Sicherheit des Landes“, schätzt Jura-Professor John Coffee von der Columbia-Universität in New York die Sachlage ein. Es reiche aus, dass es eine begründete Grundlage für solch eine Sorge bestehe, damit das Verbot bestehen bleiben könne, erklärt Coffee.

Analyst Entner ist überzeugt, dass Huawei mit der Beschwerde herausfinden will, was die Amerikaner über ihre Spionagetätigkeiten wissen. „Denn um sich zu verteidigen, müssen die USA geheime Dokumente herausgeben“, erklärt er. Für die Chinesen sei die Klage so oder so von Vorteil: „Entwe-

der finden sie heraus, was die Amerikaner über sie wissen oder sie können sagen: Seht Ihr, die Amerikaner sind kein Rechtsstaat“, sagt Entner. „Auf jeden Fall ist es eine riesige PR-Maßnahme.“ Eine Entscheidung des Gerichts in Texas wird nicht vor Anfang 2020 erwartet.

Deutschland in der Zwickmühle

Die Abgeordneten sitzen im Kreis vor einer hohen Fensterfront, draußen siegelt sich der graue Berliner Winterhimmel im trüben Wasser der Spree. Am vergangenen Mittwoch lud der Auswärtige Ausschuss des Parlaments zu einer öffentlichen Expertenanhörung. Das Thema: „Außen- und sicherheitspolitische Aspekte der Einführung des Mobilfunkstandards 5G in Deutschland.“

Zwei Stunden plätschert die Diskussion vor sich hin, dann sagt Frank Pieke, Direktor der China-Denkfabrik Merics, den wohl entscheidenden Satz: „Unser Vertrauen in Huawei darf nicht größer sein als unser Vertrauen in die Kommunistische Partei Chinas.“ Es ist ein Satz, der die Vorbehalte gegen Huawei auf ihren Kern komprimiert.

Chinas Sicherheitsgesetze gewährten den Behörden Zugriff auf Huaweis Daten, warnt Pieke, das von Staatschef Xi geprägte Konzept der „allumfassenden nationalen Sicherheit“ bedeute, dass auch im Ausland gesammelte Daten nicht sicher seien. Nicht um Fachbegriffe wie Ende-Zu-Ende-Verschlüsselung und code inspection. Die zentrale Frage lautet: Hat Huawei unser Vertrauen verdient?

Für Norbert Röttgen steht die Antwort fest: nein. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses hat sich zum Wortführer der Opposition gegen Huawei aufgeschwungen. Die technologische Macht, über die China dank Unternehmen wie Huawei verfüge, sei wie „das Haben einer Atombombe“, sagt der CDU-Politiker. Nicht der Einsatz, der alles verwüsten würde, ist das Bedrohungsszenario. Sondern der Hinweis in einer kritischen Situation: Passt auf, wir haben die Möglichkeit, euch auszuschalten. Einschüchterungspotenzial, das ist die Art von Macht, die Huawei China verleiht.

Huawei ist zum Streitfall geworden. Das Innenministerium zählte bisher mit Warnungen vor Huawei-Technik zu den Verbündeten des Auswärtigen Amts, doch am Mittwoch brachte Horst Seehofer die regierungsinterne Frontstellung durcheinander: Der Innenminister verkündete, dass er nicht auf den Ausschluss einzelner Anbieter, sondern auf Dialog mit China und technische Lösungen setze.

Die Regierung findet keine gemeinsame Linie, es drängt die Zeit: Am 19. März sollen die Funkfrequenzen für den neuen Mobilfunkstandard 5G versteigert werden. Die Netzbetreiber brauchen Planungssicherheit. Auch ist Huawei aus Deutschland kaum weg zu denken. Seine Technik steckt in allen Netzen von Telekom, Vodafone und Telefónica. Allein die Deutsche Telekom hat ein Investment von 12,7 Milliarden Euro für dieses Jahr angekündigt, ein Löwenanteil soll 5G vorbereiten. Alle Netzbetreiber wollen auf Ausrüstung von Huawei setzen.

Die Unternehmen verweisen auf ein Fakt: Huawei ist bislang nie öffentlich Spionage oder eine gezielte Manipulation seiner Produkte nachgewiesen worden. Das betonte auch BSI-Präsident Arne Schönbohm am Mittwoch bei einer Sicherheitskonferenz in Bonn. Erst vergangene Woche sei er in den USA gewesen. Aber bei den Analysen seiner Behörde seien in den Produkten von Huawei nichts gefunden worden, kein Kill Switch, also eine Funktion zum Stören oder Ausschalten fremder Netze, noch Ungereimtheiten in den Quellcodes.

„Shotgiant“, auf den Giganten schießen, war der Codename für eine geheime Operation des US-Auslandsgeheimdienstes NSA. Das Ziel: Herausfinden, ob Huawei der chinesischen Regierung bei Spionage hilft. Etwa im Jahr 2006 begannen die Aktionen, wie aus von Edward Snowden veröffentlichten Dokumenten hervorgeht.

Die Hacker im Dienst der US-Regierung knöpften sich das chinesische Technologieunternehmen vor. Und hatten Erfolg. Sie konnten sich an etwa 100 Stellen Zugang zu der Firma verschaffen, wie sie selbstbewusst in den Unterlagen dokumentierten. Die Spione sammelten Listen mit Namen von Kunden. Sie knackten sogar den E-Mail-Verkehr der Be-

22

Milliarden Anteilsscheine von Huawei sollen derzeit im Umlauf sein. Dritte und Regierungsbehörden würden keine Anteile halten.

Quelle: Unternehmen



Blick in das Innenleben des Konzerns: Huawei öffnet für das Handelsblatt streng gehütete Tresorräume, in denen Anteilsscheine lagern.



Showroom für Mitarbeiter: Dicke Bände lagern in Glasvitrinen. In ihnen sind Huawei-Mitarbeiter mit Namen und Anzahl der gehaltenen Optionen vermerkt – die Parteizugehörigkeit aber nicht.

legschaft - unter ihnen auch der Account von Gründer Ren. Die US-Spione konnten über Jahre die interne Kommunikation von Huawei verfolgen.

Mehr noch, sie konnten auch Quellcodes für einzelne Produkte von Huawei stehlen. Das ermöglichte ihnen nicht nur, herauszufinden, wie die Geräte von Huawei aufgebaut waren. Es gab ihnen auch die Chance, gezielt nach Hintertüren für den chinesischen Geheimdienst zu suchen. Doch trotz jahrelanger Analyse wurde kein Fall bekannt, in dem Huawei das gezielte Einbauen von Hintertüren nachgewiesen wurde.

In Deutschland gilt der von der Bundesnetzagentur zusammen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) vorgelegte Sicherheitskatalog. Sicherheitsrelevanten Komponenten müssen vom BSI zertifiziert werden, bevor sie in deutsche Netze eingebaut werden darf. „Die Sicherheitsanforderungen gelten für alle Netzbetreiber

und Dienste-Erbringer, und sie gelten technikneutral“, sagte Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann vergangenen Donnerstag, als er die Regel vorstellte. Die Botschaft: Alle sind gleich, und Huawei ist nicht ausgesperrt.

Ganz so klar ist die Lage allerdings nicht. Denn die Regeln schreiben auch vor, dass Systeme nur von solchen Lieferanten bezogen werden können, die die Bestimmungen zum Fernmeldegeheimnis und zum Datenschutz zweifelsfrei einhalten. Damit gibt es noch Spielraum, Huawei doch noch durch eine besonders strenge Auslegung der Regeln den Zugang zum deutschen Markt zu versperren.

Besonders die Telekom ist beim Fall Huawei in einer komplizierten Lage. Eigentlich müsste der größte deutsche Netzbetreiber für den Einsatz von Huawei werben, ähnlich wie es die Chefs der anderen europäischen Telekommunikationsunternehmen wie Vodafone und Telefónica tun.

Doch Timotheus Höttges ist in einem Dilemma auf einer Cybersicherheitskonferenz in Bonn. Der Telekom-CEO spricht vor dem Fachpublik über die Gefahren im Internet. Aber er weicht einer klaren Position zu Huawei aus. „Wir machen uns niemals von einem Anbieter abhängig“, sagt Höttges. Die Telekom arbeite mit Zulieferern aus Europa, Amerika oder eben auch China zusammen.

Höttges ist sehr vorsichtig in seiner Wortwahl. Denn seine Aussagen werden nicht nur in Berlin genau verfolgt, sondern auch in Washington. In den USA wird die geplante Fusion der Telekom-Tochter T-Mobile US mit dem Rivalen Sprint geprüft. Der Deal wäre für den Konzern sehr lukrativ. Die Bonner rechnen mit Synergien in Höhe von 43 Milliarden Dollar. Um davon zu profitieren, muss die Fusion aber erst noch genehmigt werden.

Würde die Telekom als Unterstützer von Huawei wahrgenommen, könnte das den Deal gefährden. In den USA geht die Telekom auf maximale Distanz zu den Chinesen. „Wir setzen Huawei nicht ein. Heute nicht. Und niemals in der Zukunft“, sagte T-Mobile-Chef John Legere kürzlich bei einer Anhörung vor dem US-Kongress. Da ist es eine Ironie der Geschichte, dass Rens Tochter in Kanada unter anderem aus einem Grund verhaftet wurde: Huawei soll Technologie von T-Mobile USA gestohlen haben.

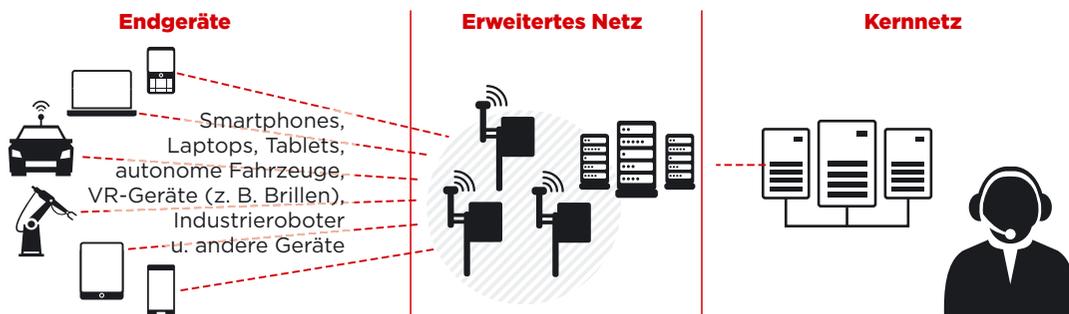
Alle stecken im Dilemma: Die Unternehmen, die Experten und die Bundesregierung. Kanzlerin Angela Merkel und ihren Ministern müssen sich entscheiden. Dabei dreht es sich um eine Kernfrage: „Die nach dem Vertrauen in den chinesischen Staat“, sagt Jens Zimmermann, digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Wie nah ist Huawei an der chinesischen Regierung?

Der riesige rote Stern an der Decke, die Abgeordneten sitzen brav in Reih und Glied in der „Großen Halle des Volkes“ in Peking. Die Regierung unter Staatspräsident Hu Jintao feierte 2008 den 30. Jahrestag der Wirtschaftsreformen, die „völlig zu Recht“ eingeführt worden seien, wie Hu sagte. Eigens veröffentlichte die Regierung eine Liste der 30 hervorragenden Persönlichkeiten der Reform. Auf Platz 24: Ren Zhengfei.

Die chinesische Wirtschaftshochschule Cheung Kong Graduate School of Business analysierte den Aufstieg von Huawei und beschrieb enge Kontakte zur chinesischen Regierung als einen der Erfolgsfaktoren in den 1990er-Jahren. Demnach sollen mehrere Treffen zwischen Ren und dem damaligen chinesischen Präsidenten Jiang Zemin geholfen haben, einen Auftrag für den Aufbau eines Kommunikationsnetzwerks für die Volksbefreiungsar-

Wer am Mobilfunknetz verdient



Marktführer 2018 weltweit

Hardware für industrielle Vernetzung

1. Cisco	USA
2. Huawei	China
3. Ericsson	EU
4. TE Connectivity	EU
5. Qualcomm	USA

Smartphones

1. Samsung	21 %	Südkorea
2. Huawei	16 %	China
3. Apple	12 %	USA
4. Xiaomi	10 %	China
5. Oppo	9 %	China

RAN-Ausrüstung

1. Huawei	31 %	China
2. Ericsson	29 %	EU
3. Nokia	23 %	EU
4. ZTE	9 %	China
5. Samsung	4 %	Südkorea

4G-Kernnetz

1. Ericsson	EU
2. Huawei	China
3. Nokia	EU
4. Cisco	USA
5. ZTE	China

Dienstleistungen, Router u. Switches

1. Cisco	USA
2. Huawei	China
3. Nokia	EU
4. Juniper	USA

HANDELSBLATT // Quellen: CSIS, IoT One, IDC, Telecom Lead, Fierce Telecom, Delloro

Huawei in Polen

Unter Verdacht

Roman Tyborski Düsseldorf

Die Lage ist durchaus brisant. Als sich US-Vizepräsident Mike Pence in diesem Februar mit Polens Staatspräsident Andrzej Duda im Warschauer Schloss Belvedere trifft, geht es um mehr als die bloße Bestätigung, dass man weiterhin bilateral gut zusammenarbeiten wolle. Denn: Einen Monat zuvor hatte der polnische Inlandsgeheimdienst zwei Männer in Gewahrsam genommen, für die sich die USA besonders interessieren. Piotr D., polnischer Staatsbürger und Mitarbeiter des französischen Telekommunikationsunternehmens Orange, das auch in Polen operiert, sowie Weijing W. aus China. Sein Arbeitgeber: der chinesische Netzwerkausrüster Huawei. Der Verdacht: Spionage im Auftrag des chinesischen Geheimdienstes.

„Die USA arbeiten eng mit Polen zusammen, um das Telekommunikationsnetz vor chinesischen Eingriffen zu schützen“, versichert Pence im Anschluss an das Gespräch mit Duda. Die kürzlich vorgenommenen Verhaftungen eines Huawei-Mitarbeiters und eines mit ihm kooperierenden polnischen Staatsbürgers seien ein Beweis für Polens Engagement, das Telekommunikationsnetz zu schützen. „Wir wollen unsere militärische Zusammenarbeit verstärken – auch im Bereich der Cybersicherheit“, betont Duda.

Die beiden Verhaftungen sorgten weltweit für Schlagzeilen. Einer der Gründe dafür ist, dass die USA schon seit einer ganzen Weile versuchen, Huawei beim Ausbau des Echtzeitmobilfunknetzes 5G zu behindern. Die Amerikaner argumentieren mit Sicherheitsbedenken. Bislang aber konnten sie keine Beweise vorlegen, die eine Kooperation Huaweis mit dem chinesischen Geheimdienstapparat belegen würden. Das könnte sich nun ändern. Haben Piotr D. und Weijing W. tatsächlich spioniert?

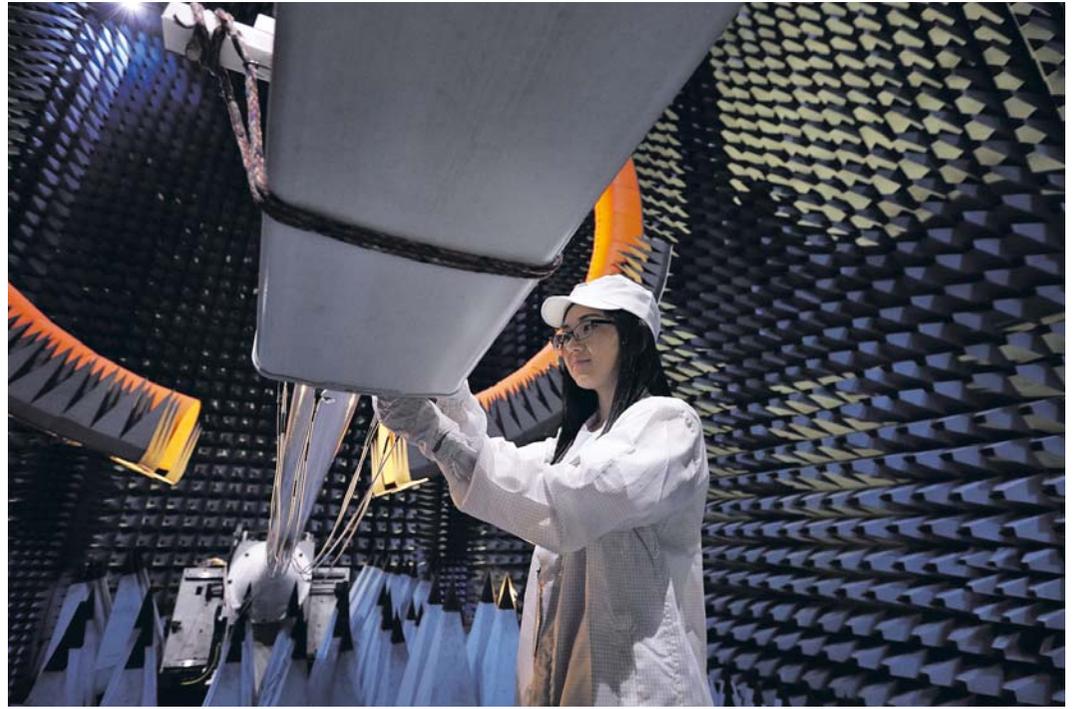
Huawei-Management reagiert nervös

Bedeutsam ist, dass Piotr D. für den polnischen Staatsschutz kein Unbekannter ist. Der Informatiker kümmerte sich nach seinem Studium an der Technischen Militärakademie in Warschau fast 15 Jahre lang um die Administration des staatlichen Telekommunikationsnetzes, war später auch an der Realisierung von EU-finanzierten Telekommunikationsprojekten beteiligt. Zudem hatte er Führungsaufgaben im Innenministerium und im Inlandsgeheimdienst inne, war Vizechef für den Bereich Telekommunikationssicherheit und Berater in teleinformatischen Fragen des ehemaligen Geheimdienstchefs. Weijing W. wiederum studierte Polonistik in Peking und arbeitete ab 2006 in der chinesischen Botschaft in Danzig. 2011 wechselte er zu Huawei Polen, war dort zuletzt als Regionalvorstand tätig.

Auf der Pressekonferenz im Februar gingen weder Pence noch Duda näher auf die Umstände der Verhaftung ein. Unklar ist, ob polnische und US-Behörden in diesem Fall zusammengearbeitet haben, welchen Zugang Piotr D. zum Inlandsgeheimdienst hatte, welche klassifizierten Dokumente er möglicherweise an Weijing W. übergeben hat. Fraglich auch: Ist Polen ein Schaden entstanden? Das Huawei-Management reagierte höchst nervös auf die Verhaftung. Bereits zwei Tage später trennte sich das chinesische Unternehmen von Weijing W. Am 26. Februar ernannte Huawei mit Ryszard Hordyński sogar einen Vertrauten von Staatspräsident Duda zum neuen Vorstand von Huawei Polen.

Für den Netzwerkausrüster steht in Polen viel auf dem Spiel. Laut einem Interview mit Andy Purdy, Sicherheitschef von Huawei USA, plane der chinesische Konzern, seine Investitionen in Polen zu verdoppeln. In den kommenden drei Jahren sollen 500 Millionen Euro unter anderem in den Mobilfunkausbau fließen. Zum Vergleich: In den vergangenen 15 Jahren hat Huawei etwa 1,2 Milliarden Euro in Polen investiert. Laut Purdy liegt der Marktanteil des Konzerns im Bereich der Netzwerkinfrastruktur dort bei rund 50 Prozent.

Nun werden in Polen Stimmen laut, den chinesischen Netzwerkausrüster vom Ausbau des 5G-Netzes auszuschließen. Auch Staatspräsident Duda machte keinen Hehl aus seiner Haltung. In einem Interview mit einem polnischen Finanzportal räumte er ein, dass ihm die Zusammenarbeit mit europäischen oder US-Unternehmen lieber sei als mit Konzernen aus Asien.



Testraum für Mobilfunkantennen: Die USA verdächtigen den chinesischen Konzern, Abhöranlagen und Spionagesoftware für die Kommunistische Partei Chinas zu installieren.

mee zu ergattern und Verträge für Chinas Mobilfunknetze zu sichern.

Dafür hat Huawei sich von den beiden Anwaltskanzleien Clifford Chance und Zhong Lun Rechtsgutachten erstellen lassen, die bestätigen sollen, dass laut dem chinesischen Gegenspionage-Gesetz Netzwerkgerätehersteller gar nicht verpflichtet sind, Informationen weiterzugeben. Außerdem würden die Zugriffsrechte der Behörden nur für das chinesische Staatsgebiet gelten. Im Ausland müssten sich die Unternehmen nach den dort geltenden Gesetzen verhalten.

Gründer Ren distanziert sich mit der Internationalisierung des Unternehmens zumindest formell von der Regierung. Viele chinesische Kader, die bei der obersten Planungsbehörde oder den Ministerien arbeiteten, stießen bei ihm immer wieder auf verschlossene Türen, erzählen mit der Sache vertraute Personen. Seit Jahren vermeidet Ren es, politische Veranstaltungen zu besuchen.

So bat er zum Beispiel ausdrücklich darum, nicht am Festakt von „40 Jahre Öffnung und Re-

form“ teilnehmen zu müssen. Was für viele andere eine große Ehre war, sah Ren als Zeitvergeudung. Er wolle sich lieber Huaweis interner Entwicklung widmen. „Außerdem werde ich nach zwei Stunden hibbelig und würde mich dann davonschleichen“, sagte er mit einem Lachen.

Für einige ist jedoch die Tatsache, dass sich Ren solchen Verpflichtungen entziehen kann, ein Beweis für seinen Sonderstatus in Peking. Huawei sei eben mehr als nur ein Privatunternehmen.

Das Gesicht der KP bei Huawei ist Zhou Daiqi, Chef der Ethik- und Regelbefolgung. Er ist seit 25 Jahren im Unternehmen und trug in seiner langen Karriere bereits viele Titel, wie Cheffingenieur oder Direktor der Hardwareabteilung. Seine vielen Aufgaben konnte Zhou aber immer mit einer Sache vereinbaren: Er ist der Generalsekretär der Kommunistischen Partei von Huawei. Jedes Unternehmen in China muss solch eine Parteizelle in sich tragen, um nach offizieller Lesart die moralischen und sozialen Werte des Landes hochzuhalten.

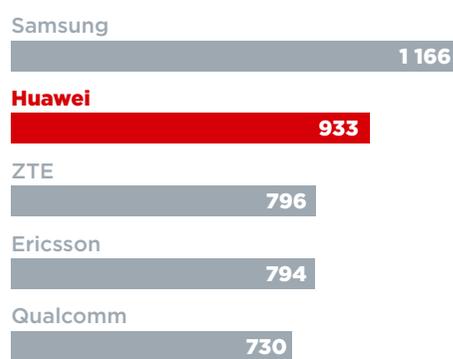
Die USA und Europa werfen Huawei als „Nationalem Champion“ vor, unfaire Wettbewerbsvorteile zu genießen. Laut Huawei ist das Unsinn. Das Unternehmen habe sich wie andere Firmen auch für „legale finanzielle Unterstützung“ im Bereich der Forschung und Entwicklung beworben. 2011 zum Beispiel lieh man sich 4,6 Milliarden Dollar von den Banken – 70 Prozent entfielen dabei auf ausländische Geldinstitute. Nach Schätzungen von William Plummer, der zwischen 2010 bis 2018 Vizepräsident für externe Kommunikation im Konzern war und nach seiner Entlassung die Abrechnung „Huidu - Inside Huawei“ verfasste, machten die staatlichen Subventionen „0,1 bis 0,5 Prozent unseres Umsatzes aus“.

Doch warum sonst verteidigt die chinesische Regierung den Konzern mit einer solchen Vehemenz? Erst am vergangenen Freitag sagte der chinesische Außenminister Wang Yi mit erhobener Faust, dass Peking die chinesischen Unternehmen und Bürger dabei unterstütze, juristische Waffen einzusetzen, um ihre Rechte zu schützen. „Wir werden nicht stille Lämmer für die Schlachtung sein“, sagte er. Ein paar Tage zuvor hatte die staatliche Zeitung „Global Times“ ein Video veröffentlicht, auf dem mehrere Kinder singend ihre Unterstützung für das Unternehmen kundtaten.

Huawei selbst behauptet, von dieser Aktion im Vorfeld nichts gewusst zu haben. Tatsächlich klagten viele Huawei-Mitarbeiter im Privaten darüber, dass Pekings hanebüchene Art eher belastend als hilfreich sei. Das war bereits vor Mengs Verhaftung so. Außerdem würden viele Aussagen erst im innenpolitischen Kontext Chinas Sinn ergeben, meint Plummer. Wer 2012 verkündete, die Kommunistische Partei zu unterstützen, war einfach nur

Die neue Mobilfunkwelt

Angemeldete 5G-Mobilfunk-Patente



Angemeldete 5G-Patente weltweit



HANDELSBLATT // Stand: Dez. 2018

Quelle: IAM

„angemessen ehrerbietig“ inmitten einer staatlichen Anti-Korruptions-Kampagne, „die sozusagen jeden in die Hose machen ließ“.

Natürlich müsse man eine Beziehung zur chinesischen Regierung pflegen, schließlich befinde man sich in China, sagt der rotierende Chairman Eric Xu. Aber das Gleiche täte man in jedem anderen Land auch. „Die chinesische Regierung kann nicht anstelle von Huawei handeln“, sagt er und versichert wie Ren, dass Huawei niemals Daten und Informationen an Peking weitergeben werde.

China-Experten warnen jedoch davor, den Einfluss der chinesischen Regierung auf private Unternehmen zu unterschätzen. Auch wenn China von sich selbst gerne behauptet, es sei ein Rechtsstaat – die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Regierung in erster Linie das macht, was ihr nützt. Jüngster Fall ist die Festnahme von Michael Kovrig, ein ehemaliger kanadischer Diplomat, der seit 2017 für die Nichtregierungsorganisation International Crisis Group als Berater für Nordostasien arbeitet. Er wurde am 10. Dezember in Peking festgenommen. Nur wenige Tage zuvor, am 1. Dezember, war die Finanzchefin von Huawei, Rens Tochter Meng Wanzhou, in Kanada auf Wunsch der USA festgenommen worden.

Angst vor Chinas Rache

Kommt es zum Verbot von Huawei in Deutschland? In der Bundesregierung, aber auch in der deutschen Wirtschaft ist die Sorge groß, dass es eine Gegenreaktion der Chinesen geben könnte, sollte Huawei vom 5G-Ausbau ausgeschlossen werden. So rechnet Hubert Lienhard, in den vergangenen fünf Jahren Chef des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, fest mit einer Aktion in Peking: „Die chinesischen Gesetze bieten da eine Reihe von Spielräumen, zum Beispiel beim Zugang zum freien Internet“, sagt er. Derzeit gibt es die Möglichkeit für ausländische Firmen und Privatpersonen, das stark zensierte chinesische Internet mit sogenannten VPN-Tunneln zu umgehen. Die könnte die chinesische Regierung beschneiden. „Das hätte gravierende Folgen für die deutschen Unternehmen vor Ort“, so Lienhard.

Es gibt aber auch noch andere denkbare Maßnahmen, die China ergreifen könnte, subtilere Reaktionen. In Australien hatte jüngst eine Reihe von Verzögerungen für australische Kohle an einem der größten Häfen Chinas für Irritationen gesorgt und die Frage aufgeworfen, ob diese Verzögerungen in Zusammenhang mit dem Verbot von Huawei auf dem australischen Markt stehen.

Mit einer Transparenzkampagne will sich Huawei als verlässlicher und unabhängiger Partner darstellen. „Ich finde es gut, dass wir uns öffnen“, sagt Westeuropachef Pang. So könne Huawei lernen, sich noch besser zu präsentieren und zu erklären. Die Amerikaner beherrschten diese Kunst schon.

Aber eines wird Huawei nie ändern können – dass das Unternehmen nicht aus Amerika kommt. Es ist das Problem aller Chinesen: die Allmacht der Kommunistischen Partei.



Zur Geschichte

Der Artikel ist eine groß angelegte Gemeinschaftsproduktion des Handelsblatts. China-korrespondentin Sha Hua erhielt exklusiven Zugang zur Huawei-Konzernzentrale in Shenzhen. Stephan Scheuer recherchierte in der Deutschlandzentrale des Konzerns. An der Geschichte arbeiteten mit: Katharina Kort und Annett Meiritz (USA), Eva Fischer (Brüssel), Kerstin Leitel (London), Dana Heide und Moritz Koch (Berlin), Thomas Jahn und Andrea Rexer (Düsseldorf).



Interview Vincent Pang

„Wir würden niemals Hintertüren installieren oder illegal Daten weitergeben“

Der Westeuropa-Chef spricht über die anstehende Frequenzauktion und den Verdacht, mit dem chinesischen Staat zusammenzuarbeiten.

Man trifft sich bei frisch gepresstem Orangensaft im konzern-eigenen Café in Shenzhen. Westeuropa-Chef Vincent Pang ist zu Besuch in der Konzernzentrale, hat sonst sein Büro in Düsseldorf. Der 42-jährige reist ständig durch Europa und die Welt. Pang muss einiges an Aufklärungs- und Erklärungsarbeit leisten.

Herr Pang, sollte Deutschland Huawei-Geräte einsetzen? Und wenn ja, warum?

Die Frage muss letztlich die deutsche Regierung beantworten. Ich selbst finde natürlich, dass Deutschland es tun sollte.

Wir sind seit 15 Jahren hier im Land und haben in der Zeit für mehr Innovation und Wettbewerb gesorgt. Alle drei Netzbetreiber haben davon sowohl kommerziell wie auch technologisch profitiert. Daher lautet meine Gegenfrage: Warum sollte Deutschland unsere Geräte nicht benutzen?

Nun, weil Huawei von vielen verdächtigt wird, die eigenen Kunden für die chinesische Regierung auszuspionieren. Stimmen diese Vorwürfe?

Wir würden niemals Hintertüren in unseren Geräten installieren oder illegal Daten weitergeben. Wir wären ja auch bereit, ein „No Spy Agreement“ mit der deutschen Regierung zu unterzeichnen. Und wir waren die Ersten, die bereit waren, in Sachen Cybersicherheit mit dem Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik zu kooperieren.

Huawei bemüht sich sehr um den deutschen Markt. Wie bedeutsam ist Deutschland denn für den Konzern?

Generell gesagt ist kein einziger Markt „superwichtig“, weil Huawei seine Geschäfte überall auf der Welt verteilt hat. Deutschland macht

dabei zwei bis drei Prozent unseres gesamten Umsatzes aus. Aber Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien haben uns eine Menge gelehrt. Wegen der hohen Anforderungen dort mussten wir viel Innovation betreiben und bessere Technologie entwickeln. Ganz viele unserer Erfindungen sind ein Resultat von dortigen Kundenanfragen.

Das Datum für die Frequenzauktion in Deutschland rückt näher. Wie viele Aufträge will Huawei ergattern?

Wir wollen unseren Marktanteil gar nicht erhöhen. Denn wir glauben, dass Wettbewerb gut für die Industrie ist. Uns ist viel wichtiger, dass das Investmentumfeld weiterhin gut bleibt und wir der Technologie- und Innovationsführer bleiben.



Europachef Pang:

Ein No Spy Agreement mit der deutschen Regierung würde Huawei unterzeichnen.

Deutschland hat schärfere Sicherheitsanforderungen für den 5G-Netzausbau vorgelegt. Wie beurteilen Sie das?

Wir finden das sehr gut. Denn natürlich wissen wir, dass Netzwerke komplexer und die Sicherheitsanforderungen deswegen erhöht werden. Solange diese Standards für alle gelten und technikneutral sind, ist es nur fair.

Das Problem ist nur: Egal, wie viel technische Absicherungen Huawei einrichtet, am Ende bleibt doch immer der Verdacht bestehen, dass Hua-

wei als chinesisches Unternehmen dem chinesischen Staat nichts verwehren kann.

Dazu kann ich Ihnen zwei Antworten geben. Zum einen finde ich, dass man das auch Nokia und Ericsson fragen sollte. Der eine Hersteller hat 18 000 Mitarbeiter in China, der andere produziert und betreibt dort Forschung und Entwicklung. Zum anderen finde ich, dass CEO Ren Zhengfei sich ganz klar ausgedrückt hat: Sollte Peking so etwas von uns verlangen, werden wir uns verweigern. Sollte das nicht ausreichen, wird er den Konzern verkaufen. Kann sich dann niemand das Unternehmen leisten, wird er es schließen.

Die chinesische Regierung betont immer wieder ihre Unterstützung für Huawei. Neulich machte sogar ein von Kindern gesungenes Huawei-Lied die Runde. Helfen Ihnen diese Aktionen und Äußerungen Pekings, oder ist so etwas eher kontraproduktiv?

Das kann ich nicht kommentieren. Nur so viel: Wenn die chinesische Regierung ihre Unterstützung für uns ausdrücken möchte, müssen wir uns natürlich erst einmal dafür bedanken.

Das Verhältnis zu den USA ist angespannt. Sollte die chinesische Regierung ein gutes Wort für Huawei während der Handelsgespräche mit den USA einlegen?

Eigentlich sind wir in den Gesprächen doch schon ein Ass für die chinesische Seite. Denn im vergangenen Jahr haben wir nur Produkte im Wert von 200 Millionen Dollar an die USA verkauft, aber Waren in Höhe von zwölf Milliarden von dort gekauft. Ich finde, dass eine politische Lösung keine endgültige sein kann. Denn am Ende muss ein Unternehmen seine Probleme immer selbst lösen – mit mehr Handel, juristischen Schritten und besserer Technologie.

Herr Pang, vielen Dank für das Interview. Die Fragen stellte Sha Hua.